

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 25. Juni 1930

Nummer 51

Verlängerung der Koststandsbeihilfe an ausgeheuerte Arbeitslose

Die am 28. Juni 1930 zum Ablauf kommende **Koststandsbeihilfe** und der dazu erforderliche **Ertragsbeitrag von wöchentlich 10 Pf.** werden durch Beschluß des Verbandsvorstandes über den Ablauftermin hinaus bis zum **27. September 1930** verlängert.

Danach erhalten auch im 3. Vierteljahr 1930 alle in der Verbands- und staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeheuerten Mitglieder nach einer Leistung von

52 Beiträgen je Woche 5,— M.
150 Beiträgen je Woche 7,50 M.
500 Beiträgen je Woche 10,— M.

Alle anderen Bestimmungen der in Nr. 7 des „Korr.“ veröffentlichten Bekanntmachung des Verbandsvorstandes bleiben in Kraft, insbesondere auch die über die Verpflichtung der Unterstützungsansprüche, ihrem Bezirks- bzw. Gauvorstand jeweils am Wochenanfang zu berichten, an wie viel Mitglieder sie die Koststandsbeihilfe ausgezahlt haben.

Berlin, 19. Juni 1930.

Der Verbandsvorstand.

Unser Verband im Jahre 1929

(Schluß)

Der Bericht über die Entwicklung der Lehrlingsabteilung des Verbandes, die in diesem Jahr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, ist auch diesmal wieder ebenso inhalts- wie reich. In der Einleitung werden die organisatorischen und materiellen Beziehungen der Mitglieder der Lehrlingsabteilung zum Verband eingehend erörtert. Der Mitgliederstand in den 22 Gauen des Verbandes war am Ende des Jahres 1928 mit 17 327 um 733 höher als Ende 1929 mit 16 504 Mitgliedern in 1444 Orten; der Rückgang ist teilweise auf eine geringere Lehrlings-einstellung im Jahre 1929 zurückzuführen. Neueingetretene sind 6230 und durch Beendigung ihrer Lehrzeit 6330 Vollmitglieder des Verbandes geworden. Allgemein beachtenswert ist, daß der Reichswirtschaftsminister dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttag auf Anfrage im vergangenen Jahre mitteilte, daß Artikel 159 der Reichsverfassung (Vereinigungsfreiheit) auch für die Lehrlinge gilt, und daher ein diesbezügliches Verbot in Lehrverträgen unwirksam sei. Jeder Lehrherr, der seinen Lehrlingen den Beitritt zur Lehrlingsabteilung verbietet oder erschweren will, macht sich strafbar. Dieser Feststellung schließt sich eine Zusammenfassung der Ziele und Zwecke unserer Lehrlingsabteilung an, die nach ihren wichtigsten Grundgedanken auch an dieser Stelle einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden sollen: Eine ihrer wesentlichsten Aufgaben ist es, dem jungen gewerblichen Nachwuchs sachliches Können und Wissen zu vermitteln; daneben soll die Allgemeinbildung gepflegt und der werdende Buchdrucker zu sittlicher Reife und charaktervoller Betätigung erziehen werden. Parteipolitische Bestrebungen gehören nicht in die Lehrlingsabteilung. Wenn ein Lehrling sich bemüht, in seiner Lehrzeit gründlich all das zu lernen, was er zu seinem späteren Fortkommen als Gehilfe braucht, dann hat er damit gerade genug zu tun. Neben sachlicher Belehrung finden Gewerkschaftslehre und soziale Geschehnisse in Form eines woblüberdachten Unterrichtes Berücksichtigung, so daß der Lehrling die Zusammenhänge mit seinem Beruf und mit seiner Klasse erfährt. Wie die parteipolitischen Belange, so scheiden auch die religiösen

Fragen im Programm unserer Lehrlingsabteilung aus. Darauf müssen gegenüber bestimmten Einwirkungen besonders auch die Eltern unserer Lehrlinge aufmerksam gemacht werden. Durch sein tatkräftiges Eintreten für die Durchführung der Lehrlingsordnung hat der Verband der Deutschen Buchdrucker bewiesen, daß er gewillt ist, den Lehrling vor Ausbeutung und Pfuschertum zu schützen. Unser Verband betrachtet den Jungbuchdrucker von heute als den Gehilfen von morgen, und aus dieser Erkenntnis heraus tut er für seine sachliche Ausbildung und Erziehung im allgemeinen das Möglichste.

Zur Durchführung dieser umfangreichen Aufgaben dient eine möglichst einheitliche Regelung aller Lehrlingsveranstaltungen, ein planmäßiger Austausch von Drucksachen aus allen Lehrlingsabteilungen unter zentraler Vermittlung über und für die Gaulehrlingsleiter. Der Bestand an diesbezüglichen Rundsendungen beträgt über hundert. Auch der Austausch von Gehilfenprüfungsarbeiten hat sich als sehr nützlich und anregend bewährt; ebenso eine alljährliche Auswahl von Schülerarbeiten guter Fachschulen. Film und Lichtbild finden gleichfalls zweckdienliche Verwertung. Jugendleiterausreden und deren Versorgung mit Vortragsmanuskripten oder sonstigem Aufklärungsmaterial aus der gesamten neuzeitlichen Jugendbewegung tragen wesentlich zur Stützung erfolgreicher beruflicher Erziehungsarbeit bei.

Der „Jungbuchdrucker“ hat gegenwärtig eine Gesamtauflage von 15 500 Exemplaren für die gewerkschaftliche Ausgabe und eine Gesamtauflage von 16 400 Exemplaren für die sachliche Ausgabe. Von ersterer gehen 500 Stück nach der Tschechoslowakei, von letzterer ebenfalls nach der Tschechoslowakei 500 Stück und nach Österreich 900 Stück. Auf der Gaulehrlingsleiterkonferenz wurde ein weiterer Ausbau des „Jungbuchdrucker“ und die Übertragung des Verlags an den Verband der Deutschen Buchdrucker gewünscht, was jedoch noch nicht durchgeführt werden konnte.

Ein sehr instruktives Kapitel ist der Lehrlingsordnung gewidmet. Am Schluß des Jahres war sie nur in wenigen Handwerkskammerbezirken noch nicht offiziell anerkannt. Als besonders wertvoll haben sich die nach der Lehrlingsordnung vorgeschriebenen Eignungs-, Zwischen- und Gehilfenprüfungen erwiesen. Die Fachauschüsse verrichten auf diesem Gebiete eine fast unendliche Arbeit. Ungemein viel Klagen sind im Berichtsjahre aus fast allen Fachauschüssen über die schlechtesten Prüfungsergebnisse in Deutsch und Rechtschreibung eingegangen. In manchen Zuschriften wurde von einer „Verwilderung in der Rechtschreibung“ gesprochen und auch auf vermeintliche Ursachen dieser betrüblichen Erscheinung hingewiesen. Die Wichtigkeit dieser Frage darf gerade von den Fachauschussmitgliedern nicht verkannt werden. Sprache und Rechtschreibung gehören sozusagen zum Handwerkzeug des Buchdruckers. Darum muß unserm gewerblichen Nachwuchs immer wieder der Satz eingeprägt werden: Ein Druck-Erzeugnis kann erst dann eine gute Drucksache genannt werden, wenn es neben typographischer Vollenbung auch sprachlich und rechtschreiblich einwandfrei ist. Die Zahl der für das Buchdruckgewerbe gemeindeten Lehrlinge ging in allen Kammerbezirken weit über den wirklichen Bedarf hinaus. Dieser Zustand erleichtert den Lehrlingsjüngern das Einstellen überzähliger Lehrlinge, wovon in nicht wenigen Fällen verantwortungslos prinzipiale Gebrauch machen. Bei den Zwischenprüfungen und später bei den Gehilfenprüfungen stellt sich dann oft genug heraus, wie völlig ungenügend die Ausbildung in solchen Betrieben ist, die vielfach den Namen „Buchdruckerei“ gar nicht verdienen. Das Material über solche Lehrlingszustandstafeln häuft sich bei unsern Gauvorständen und besonders bei der Zentrale immer mehr, seitdem mit Hilfe der Fachauschüsse in manche dunkle Winkel hineingeleuchtet

und die für das Gewerbe schädliche Lehrlingszücherei aufgedeckt werden kann. Um diese Mißstände nach Möglichkeit zu beseitigen und der seit längerer Zeit anhaltenden großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe Rechnung tragend, hatte unser Verband zu den Mitte Februar 1930 angefertigten Manteltarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe die entsprechenden Anträge gestellt. Leider fanden diese Anträge nur in ganz ungenügender Weise Berücksichtigung. Es muß künftig sehr streng darauf geachtet werden, daß die Lehrlingsbestimmungen im Tarif und in der Lehrlingsordnung im vollen Umfange zur Durchführung gelangen.

Der Bericht über den „Korrespondent“ beschränkt sich kurz und bündig auf eine Zusammenfassung der in seinem 67. Jahrgang behandelten Zeit- und Streifenfragen aus der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der engeren Gewerbepolitik, der technischen, tariflichen, rechtlichen und gewerkschaftlichen Entwicklung. An dieser Stelle näher darauf einzugehen, hat keinen praktischen Zweck, da es sich in der Hauptsache um vergangene Dinge und Ereignisse handelt, die in der Gegenwart um vieles lebendiger vor uns stehen und fast in jeder Nummer des Verbandsorgans ihre zeit- und sachgemäße Beleuchtung finden. Der vorjährige Verbandstag sprach der Schriftleitung für ihre Tätigkeit in den vorausgegangenen drei Jahren volles Vertrauen aus. Nachzutragen wäre hier nur noch eine aus der diesbezüglichen Rückvergütung aus der Verbandskasse an die Gau- errechnete, im Jahresbericht des Verbandes aus technischen Gründen zurückgestellte Übersicht über das prozentuale Verhältnis der Bezieherzahl des „Korr.“ zur Zahl der Verbandsmitglieder in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1929. Es entfielen danach auf je hundert Mitglieder der einzelnen Gauen des Verbandes im Jahresdurchschnitt „Korr.“-Bezieher:

1. Leipzig	107*	12. Schlesien	80
2. Dresden	98	13. Hannover	78
3. Thüringen	90	14. Rheinland-Westf.	76
4. Erzgeb.-Bogland	90	15. Danzig	76
5. Mittelob.-Saxen	88	16. Schleswig-Holstein	75
6. Oberhein	88	17. Nordwest	75
7. Mittelrhein	86	18. Württemberg	70
8. Ober	83	19. Frankfurt-Hessen	66
9. Ostpreußen	83	20. Bayern	66
10. An der Saale	82	21. Sarggebiet	58
11. Berlin	82	22. Samburg	55

Reichsdurchschnitt 82

* Mit Lehrlingen im vierten Lehrjahre.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die dem Jahresbericht des Verbandsvorstandes für 1929 beigefügten, stark konzentrierten Berichte der einzelnen Gauen, so wiederholen sich in diesen naturgemäß die dunklen Schattenseiten der Wirtschaftsnot, des Arbeitslosenelends usw. mit nur wenig Unterschiedlichkeit. Angaben über Mitgliederzahl, Vermögens- und Unterstützungsfragen sowie einzelne Spezialerhebungen vertiefen das allgemeine Bild unseres gewerkschaftlichen Wirkens und Ringens bis in die kleinsten Kreise. Besondere Beachtung verdient eine im Berichtsjahr durchgeführte Erhebung des Gaus Berlin über den täglichen Verbrauch der Kollegen an Zeit und die täglichen Fahrkosten zur Erreichung der Arbeitsstätte und zurück zur Wohnung; die diesbezüglichen Ergebnisse sind auf Seite 85 des Berichtes zu finden. — Der Gau Danzig berichtet über wirtschaftlichen Druck durch polnische Politik und reaktionäre Justiz sowie für solche Verhältnisse unvermeidliche Streiks. — Im Gau Dresden machte sich eine größere Zahl sogenannter Windelruckerinnen breit, die strapelloser Konkurrenz und „Schultereier“ Tür und Tor öffnet. Ungebilligte Überstundenanforderungen trotz großer Arbeitslosigkeit mußten mehrfach zurückgewiesen werden. Besondere Nachwehen des wilden Streiks von 1928 zeigten sich bei der letzten tariflichen Lohnerhöhung. — Im Gau Erzgeb.-Bogland wurde in Verfolg des einschlägigen Verbandstags-

beschlusses der Gauzusatz in Sterbefällen und an die Invaliden aufgehoben. Die Sperre des „Peuwag“-Betriebes in Chemnitz wegen geordneter parteipolitischer Brotmoral und damit verbundener Ausschüsse allzu „linientreuer“ Heißsporne aus dem Verbands sind Folgen besonderen parteipolitischen Anlasses. — Im Gau Leipzig war straffe Abwehr in der Überstundenfrage nötiger als je zuvor geworden. Der gerichtliche Reifall der Firma Scherf mit ihrer fleischlichen Einparungsspekulation auf Kosten der Korrektoren wurde durch einen siebenwöchigen Streit der Adreßbuchhändler noch besonderer Beweis für das Ausmaß juristischer Beschlagenheit der Ratgeber dieser Weltfirma. Differenzen beim Neubau der Buchdrucker-Vehranstalt wie auch bezüglich der „Meisterkurse für das graphische Gewerbe“ zu Leipzig ließen noch allzuviel Rudimente plutokratischer Tendenzen in Leipziger Fringipalstreifen erkennen. — Im Gau Mecklenburg wurden die örtliche Sterbefälle und der Zuschuß zur Krankenunterstützung in Lübeck aufgehoben. — Im Gau Oldenburg wurde dem durch den Frankfurter Verbandstag verlangten Abbau der Zuschußklassen in erfreulicher gewerkschaftlicher Disziplin restlos Rechnung getragen. — Im Gau Oberhein wird teilweise ungenügende Abwehr gegen Überlunbenutzung und vereinzelte Lohnabbaubestrebungen bedauert. — Im Obergau wurden besonders die jungen Geheizen (Neuausgelernte) verhältnismäßig stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Schwere Herzen wurde die gut jüdierte Gausterbefälle zu Grabe getragen. Viele Zwergbetriebe und Maternfrage machten besondere Sorgen. — Im Gau Rheinland-Westfalen beeinflussten die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen im Ruhr-Industriegebiet mit ihren oft tendenziösen Massenentlassungen auch die Verhältnisse unserer Kollegen sehr stark. Die Abschaffung der Gausterbefälle fand auf dem zuständigen Gantag noch keine befriedigende Lösung. Der Konflikt in der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen wegen Einführung eines schikanösen Kontrollgitters, der die Arbeitsverhältnisse und Tendenzen in kommunikativen Parteibetrieben in besonders trauriger Weise beleuchtete, wird verdonkeltmaßen kommentiert. — Im Gau Saar wurden beschlußgemäß die bisherigen Zuschüsse aus der Gaufasse zum Begräbnisgeld und bei Maßregelungen aufgehoben und der Zuschuß im Erkrankungsfall zunächst nur herabgesetzt. — Für das Saargebiet wurde unter Vermittlung des Zentralratskommissars in Berlin der Tariflohn der Klasse C einheitlich auf 324,45 Fr. festgesetzt. In sozialpolitischer Hinsicht ist die gegenwärtige politische Lage für die Kollegen des Saargebietes sehr ungünstig, sie hoffen daher auf baldigen Erfolg der Rückgliederungsverhandlungen und damit auch auf restlose Wiedereingliederung in unsern Verband. — Im Gau Thüringen tief eine durch den Gantag beschlossene Umwandlung der Verwaltungs- in Agitationsbezirke eine lebhafteste Protestbewegung hervor, worauf nach dem diesbezüglichen Ergebnis einer Abstimmung von dieser Umwandlung Abstand genommen werden mußte. — Im Gau Württemberg wurde der Gau-Invalidentzuschuß zunächst auf 10 M. abgebaut und die bisherige obligatorische Form der Württembergischen Kasse in eine fakultative umgewandelt. Mit diesen Auszügen haben wir nur einige Eigenheiten aus den einzelnen Gauen hervorgehoben. Wer noch weitere Vergleiche ziehen will, wird nicht nur in den üblichen, teilweise sehr umfangreichen besonderen Jahresberichten der einzelnen Gauen, sondern auch in den hier nur streiflichtartig beleuchteten Berichten im Rahmen des Verbandsjahresberichts, hauptsächlich aber in den Kassen- und Verwaltungsberichten und besonders lehrreichen Material finden. Die Berichte der Sparten und des Bildungsverbandes werden noch besondere Zusammenfassung erfahren. Diesen allgemeinen Streifzug durch den Bericht des Verbandsvorstandes über das Jahr 1929 möchten wir jedoch nicht abschließen, ohne alle Leser des „Korr.“ noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich selbst nützen, wenn sie sich höchst persönlich etwas tiefer in den Originalbericht vertiefen. Denn gerade die gegenwärtige Zeit, die uns einer rücksichtslosen Lösung großer sozialer Probleme zutreibt, fordert von jedem einzelnen Kollegen realpolitisches Erfassen und Bestehen unserer gewerkschaftlichen Kräfte. Erste Entscheidungen für die gesamte Arbeiterschaft stehen vor der Tür. Und gerade wir Buchdrucker haben alle Ursache, uns bewußt zu sein, daß wir manches zu verlieren hätten, wenn die Zahl derjenigen, die nicht wissen sollten, was sie als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gegenüber dem jetzigen Ansturm der privatkapitalistischen Reaktion gegen die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft zu tun und zu lassen haben, immer noch zu groß wäre!

Die Kapitalflucht aus Deutschland

Reichsfinanzminister Moldenhauer hat kurz vor seinem Rücktritt im Hauptauschuß des Reichstages erklärt, daß man bei der Kapitalflucht aus Deutschland mit hohen Summen rechnen müsse. Der Chefredakteur der „Wolffischen Zeitung“, Georg Bernhard, beziffert diese Summe auf 4 Milliarden Mark. Gleichzeitig schreibt Bernhard: „Wer in Berlin herumflücht, erfährt beinahe täglich von irgendeinem reichen oder doch wenigstens vermögenden Mann, daß er sich in der Schweiz angekauft habe. Die Schweizer bemerken natürlich erst recht, wie an den schönen und beschagelten Punkten ihrer Heimat deutsche Siedlungen sich dehnen. Im Züricher See gibt es kaum noch Wohnplätze. Man behauptet, daß die letzten Ankäufe dort durchweg auf deutsche Rechnung erfolgten. Es ist verständlich, daß daraus in der Schweiz besondere Schlüsse gezogen werden.“

Damit wird endlich auch von jenen Kreisen, die den Unternehmern nahe stehen, zugegeben, daß die Kapitalflucht aus Deutschland einen gewaltigen Umfang angenommen hat. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern Ländern, so in Dänemark und Holland, haben die kapitalistischen deutschen Unternehmer sich wohlisch eingerichtet. Es ist die Flucht vor dem Steuerzahlen, die breite Masse macht sehen, wie sie durchkommt. Aber es handelt sich hierbei nicht bloß allein um die Dürrezeit vor dem Steuerzahlen, auch andre Fragen, und zwar solche von noch größerer Bedeutung, spielen dabei eine große Rolle. Das Kapital wird dem deutschen Markt entzogen, und es erscheint wieder als Kredit. Die Produktion von Waren und Gütern aller Art bringt den Unternehmern nicht genug ein, das Geldegeschäft lohnt sich besser. Die Guthaben auf den ausländischen Banken werden als kurzfristige Darlehen an Deutschland in sogenannte Warenwechsel angelegt. Damit ist kein großes Risiko verbunden, man braucht kein Geld in Produktionsmittel, wie Maschinen, Werkzeuge usw. hineinzustecken, und man zahlt außerdem keine hohen Steuern, denn in der Schweiz wetteifern die Kantone untereinander geradezu in der Einführung von niedrigen Steuerätzen, um die kapitalistischen Kreise anzulocken. In Deutschland aber hungert und darbt die breite Masse, Millionen sind arbeitslos und die Fabriken, die Produktionsstätten, liegen still.

In Deutschland jammern die Unternehmer über die „Überfremdung“ der deutschen Wirtschaft, und bei dem Kampf um den Youngplan ist gerade von den Schreibern um den kapitalistischen Hugenberg dieses Argument ins Feld geführt worden. Aber man weiß seit langem, daß dieses vom Ausland herinkommende Geld indirekt deutsches Geld ist, das zu hohen Zinsen an Deutschland gegeben wird. Kurt Heinig schreibt im „Vorwärts“: „Immer wieder wurde festgestellt, daß dieses sogenannte fremde Kapital in Wirklichkeit braves deutsches Geld ist, das vor dem Steuerheber nach dem Ausland flüchtete. Von dort kehrt es als ausländischer, hoch zu verzinsender Kredit oder als ausländische Beteiligung zurück.“ So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Um die Masse dumm zu machen, erzählt man etwas andres, stimmt man steinerweichende Klagelieder über die soziale Belastung an und will mit Stoßprügel auf den Wangen der Arbeiter diese für den Lohnabbau gefügig machen.

Es sind das „Geschäfte“ von so verwerflicher Natur, daß dagegen Maßnahmen von durchgreifender Art durchzuführen notwendig sind. Aber zu dieser sichtbaren Kapitalflucht tritt noch eine andre, die unsichtbare, die Deutschland noch mehr schädigt. Ein Unternehmer, der seine Ware in die ganze Welt verspricht, gründet sich im Ausland eine Zentrale. Er handelt im Auftrage seiner eignen Zentrale, wenn er sein Einkommen ins Ausland verlegt. Er kauft von seiner eignen Zentrale und liefert Waren an sie. Der Gewinn, den das „Geschäft“ abwirft, verbleibt im Auslande, er wird nicht in Deutschland verkehrt. Aber das Geld kann in dem deutschen Betrieb nicht entbehrt werden, es muß irgendwie wieder hereingeholt werden. Also borgt sich der deutsche Unternehmer im Auslande Geld, er nimmt Kredit auf, und zwar bei seiner eignen Zentrale, tatsächlich bei sich selbst. Alle großen Unternehmen haben im Auslande ihre Zentralen, die die Vermittlungsgeschäfte besorgen. In Deutschland aber redet man gleichzeitig von der wachsenden „Überfremdung“, daß Deutschland nur noch eine Kolonie des Entente-Kapitals ist, und spricht in dem gleichen Atemzuge von der „Kapitalentbindung deutscher Unternehmungen“. Eine solche Kapitalflucht ist herrlich. Man macht die schönsten Geschäfte, hat Geld in Hülle und Fülle, die Reichsbank will gern was los werden, aber kein großes Unternehmen nimmt größeren Kredit. Man hat sich lange den Kopf zerbrochen, warum denn nicht gearbeitet wird, warum die Produktionsstätten still liegen und warum die Besitzteuern von Jahr zu Jahr, trotzdem es besser geht, weniger einbringen. Des Rätsels Lösung ist, wie man sieht, sehr einfach.

Aber die Sache geht auch die Arbeiter etwas an. Sollen sie den Rücken auch noch für derartige Geschäfte hinhalten, nachdem schon die Lasten des Krieges und der Inflation auf ihre Schultern abgeladen wurden? Die Massenarbeitslosigkeit nimmt kein Ende, angeblich fehlt es an Aufträgen und Geld. Ja, wenn man so wirtschaftet, wenn man nicht mehr produzieren will, sondern mit dem Gelde, das über das Ausland man sich selbst als Kredit gewährt, Geschäfte, bequeme Geschäfte, die was einbringen, macht, dann wird Deutschland aus diesem Krisenzustand wohl nicht mehr herauskommen. Hier behält das Wort Wahrheit, daß das Kapital es immer verstanden hat, auch in Krisenzeiten zu verdienen. Gleichzeitig wird das Loch in den deutschen Finanzen immer größer, denn lieber zahlt man im Ausland als im „lieben deutschen Vaterland“ Steuern. N.

Lebensfragen der Sozialversicherung

Die westfälische Verwaltungsakademie, Abteilung Industriebezirk, in Bochum ließ dieser Tage im Rahmen einer besonderen sozialpolitischen Tagung Gegenwartsfragen der deutschen Sozialversicherung kritisch beleuchten. Das Thema der Tagung lautete: „Was ist von den Angriffen auf die Sozialversicherung berechtigt, was unberechtigt?“ Eine statische Rednerreihe: Professor Weber (Münster), Professor Dr. Albrecht (Jena), Präsident des Landesarbeitsamtes Dortmund und Dr. Ordemann, Regierungsrat Dr. Rodtäfel (Dresden), Professor Dr. Heyde (Berlin) und Professor Dr. Brieß (Berlin), marschierte auf. Nicht alles, was in Bochum vorgetragen wurde, ist neu, manches — vor allem die Abklärung der Sozial-, Reform-„Hornerfer und Haary — war erfreulich, manches schief, unklar und bedeutungslos. Angesichts der neuen Bedrohung des Arbeitsrechtes durch die von dem Kabinett zur Beilegung geplante Reform der Reichsversicherungsordnung verlohnt es sich, von den Ausführungen der Redner etwas ausführlicher Kenntnis zu nehmen.

Professor Weber (Münster) gab in seinem Vortrag über „Grundtendenzen des Gegenwartstages und die Sozialpolitik“ eine Art Perspektive der großen sozialpolitischen Bewegung, die unlösbar verbunden ist mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse. Weber lehnte jede rein negative und destruktive Kritik ab. Er machte sich das Wort des Ministerialdirektors Grieger zu eigen, der das Buch Professor Hornerfers „Frevol am Volk“ als den größten Frevol am deutschen Volk charakterisiert hat. Professor Albrecht (Jena) legte sich mit dem von dem Hugenberg'schigen Haary aufgeworfenen Frage: „Sozialversicherung oder Zwangsparatage“, auseinander. Er stellte sich gegenüber der Gegenfrage, ob die Aufgaben der Sozialversicherung, die der Allgemeinheit zugute kommen, wie z. B. der eminent wichtige allgemeine Gesundheitsschutz, bei der Befreiung des Weges der Zwangsparatage billiger und vollkommener bewältigt werden können. Diese Frage — betonte Albrecht — müsse verneint werden. Ebenso zu verneinen sei die Frage nach der Durchführbarkeit der Zwangsparatagepläne nach ihrer verfahrenstechnischen Prüfung. Die Durchführbarkeit der Haary'schen Pläne bedeute eine Endbelastung des Spargers in Höhe von rund 20 Proz. — ein Satz, der weit über den der Sozialversicherung hinausgehe.

Die „Gefahrengemeinschaft in der Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung“ erörterte Dr. Ordemann. Er führte im wesentlichen aus: Der berufliche Gefahrenausgleich erheische die Erstrebung einer gelunden Mittellinie. Die Bildung von Gefahrenklassen werde jedoch auf die Dauer nicht zu umgehen sein, wie man an den heute bereits bestehenden Sondervorschriften für Saisonarbeiter erkennen könne. Eine gewisse Auflockerung und Deszentralisation des Beitrages sei erwünscht. Der Gefahrenausgleich habe Vor- und Nachteile. Es komme alles darauf an, durch eine richtige Einwirkung die Nachteile auf ein Minimum zu verringern und die Vorteile auszunutzen. Erst wenn die Mittel der Eigenhilfe erschöpft seien, dürfe der Grundsatz einer für alle und alle für einen angewandt werden.

Dr. Rodtäfel, der über „Sozialversicherung und Sozialbelastung“ sprach, betonte, daß an Hand eines Vergleichs mit den Friedensjahren eine beträchtlich stärkere Beanspruchung der Kassen nicht geleugnet werden könne. Angehts der fortschreitend günstiger lautenden Gesundheitsstatistik sei das Befremdlich und lasse den Gedanken an eine unbillige Ausnutzung der Krankentafeln aufkommen. Eine Reform der Krankentafelversicherung sei schon aus diesen Gründen notwendig. Die Regierung verspreche sich von dieser Reform finanzielle Hilfe auch für die Invaliden- und Anwartschaftsversicherung. Rodtäfel kam zu dem Schluß, daß bei der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise in der Sozialversicherung eine Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar sei. Ebenso könne vorerst eine Erweiterung des Umfangs der Sozialversicherung nicht mehr in Frage kommen. Von einer Verwaltungsreform solle man sich nicht allzu viel Gewinn versprechen.

„Sozialversicherung oder Sozialversorgung?“ war das Thema Dr. Heydes. Er erklärte nach einem Vergleich der deutschen Verhältnisse mit der Sozialversicherung des Auslandes, daß die Veruche, auf dem Wege der Versorgung soziale Aufgaben zu lösen, nicht als Vorbilder empfohlen werden könnten. Insbesondere sei die Art, wie z. B. Australiens den Bezug einer Altersrente von Bedingungen (gute Eheführung, allgemeines Wohlfühlen, Nachweis des Mangels an Vermögen usw.) abhängig mache, für Deutschland unmöglich nachahmenswert. Die Frage, ob Versorgung oder Versicherung für ein Volk teurer oder billiger sei, könne man heute mit Hilfe von Vergleichen noch nicht beantworten. Es sei auch schwer zu sagen, ob Deutschland heutzutage die steuerlichen Mittel für eine Versorgung aufzubringen könne. Im allgemeinen dürfe mit der Sozialversicherung, wie sie sich heute in Deutschland präzentiere, d. h. in ihrer vielfachen Verbindung mit dem Versorgungsprinzip, aufleben sein.

Den Schlussvortrag hielt Professor Dr. Brieß (Berlin). Er sprach über „Sozialversicherung und Wirtschaftsordnung“. Die von Heimann in seinem Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ aufgeworfene Frage: „Ist die Sozialpolitik das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems?“, verneinte Brieß mit der Begründung, daß die Sozialpolitik lediglich die Spannräume des kapitalistischen Systems einenge; sie baue sich jedoch auf diesem System auf. Die Sozialpolitik habe zwar die Spielregel des Liberalismus getroffen, nicht aber das kapitalistische System. Die Abhängigkeit der Sozialpolitik von ihrem Unterbau

verpflichtet zur Rücksichtnahme auf dessen Tragfähigkeit. Das sei die Frage, die bald in der Praxis gelöst werden müsse.

Der Grundakord, der durch alle diese kritischen Betrachtungen tönt, hört sich etwas verdächtig an. Er klingt wie eine leise Mahnung zum Abstoppen der Sozialreform. Soll das der Weisheit letzter Schluss sein? Wie leicht der Weisheit gewisser Professoren und Regierungsleute. Kann das kapitalistische System die von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialpolitischen Fortschritte wirklich nicht mehr tragen? Wenn ja, dann um so schlimmer für dieses System. Warum müssen partout die Fortschritte abgebaut werden? Kann man nicht ebenso altersschwach gewordene Fundamente durch bessere Pfeiler ersetzen? Auch die Arbeiter sind keine Fanatiker der Beitragszahlung. Aber deswegen haben sie noch keine Veranlassung, zu rufen: Das Ganze halt! Was sein, daß das kapitalistische System infolge des sozialpolitischen Fortschrittes an einem kritischen Punkt steht. Sollen aber die Arbeiter deshalb resignieren? Sie werden nicht resignieren, sondern marschieren, und nicht die Welt, sondern nur das, was an ihr besonders reformbedürftig geworden ist, nämlich die Nichtarbeitsbeschaffung des kapitalistischen Systems, wird bei dem Vormarsch der Arbeiter unterstützen. Ein System, das Millionen von Menschen keine Arbeit geben kann, ist nicht wert, daß man vor ihm wie vor einem Heiligum schein haltmacht.

Korrespondenzen

Dortmund. Die Versammlung des hiesigen Bezirks am 25. Mai in Castrop-Kaule wurde durch den Vortrag zweier Mitglieder des Gefangenenvereins „Typographia“ eröffnet. Die Versammlung ehrten das Andenken von drei verstorbenen Kollegen, wobei das Ableben eines verdienten Verbandsfunktionärs allgemein als Verlust empfunden wurde. Unter „Geschäftlichem“ interessierte besonders die Mitteilung, daß die Lehrlingsstatistik in diesem Jahre reiflos eingegangen ist. Auf Grund dessen wurde festgestellt, daß Überreitungen der Lehrlingsliste in beachtlicher Anzahl vorgekommen sind. Es wurde betont, daß rechtzeitig Einspruch dagegen erhoben sei und Besserung erfolgen müsse. Den Bericht von der Lehrlingsleiterkonferenz in Barmen-Eberfeld erstattete Kollege Barth. Die Versammlung bewilligte darauf den Lehrlingen für das gewerkschaftliche Jugendtreffen in Köln pro Teilnehmer 10 M. und für die Ferienfahrt nach Hamburg-Helgoland pro Teilnehmer einen Zuschuß von 20 M. Dem Gefangenenverein „Typographia“ wurden als Zuschuß zur Sängerfahrt nach Aachen 200 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Die Genehmigung des Kassienberichts und Entlastung des Kassierers erfolgte ebenfalls. Unter zweiter Gauvorsitzer, Kollege Böschner (Köln), hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung unseres Gewerbes“. Lebhafter Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß der Referent im Sinne aller Anwesenden gesprochen hatte. Die nächste Versammlung findet in Umma statt.

Frankfurt a. M. (Handseher.) In unserer Versammlung am 19. Mai wurde nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten für den zurückgetretenen Kollegen Weinheimer der Kollege Wittmann neu in den Vorstand gewählt. Anschließend erstattete der Vorsitzende, Kollege Anholz, Bericht über die zurückliegende Zeit in unserer örtlichen Vereinigung. Kurz nach der Gründung einer Handsehervereinigung in Gießen machten sich auch in Frankfurt a. M. Bestrebungen bemerkbar, die daselbe Ziel im Auge hatten. Leider war diesen Bemühungen anfänglich kein Erfolg beschieden. Ein Wandel trat erst nach dem 14. Verbandstag ein. In einer am 24. November 1929 stattgefundenen Bezirksversammlung, in der Kollege Fiedler von der Zentralkommission über Zweck und Ziel der Handseherpartie referierte, konnte mit 57 Mitgliedern unsere Vereinigung aus der Taufe gehoben werden. Heute sind es in Frankfurt rund 300 Kollegen, die den Anschluß vollzogen haben, während einzelne Druckorte im Bezirk noch fehlen. Im gesamten Gaugebiet bestehen Vereinigungen in Frankfurt, Gießen, Rassel, Wehrh. Bad Nauheim-Bußbach, Offenbach a. M. und Fulda, so daß mit etwa 600 Mitgliedern 40 Proz. aller Handseher durch die Sparte erfasst sind. Die Vorstandsgeschäfte wurden in vier Sitzungen erledigt. An Mitgliederversammlungen haben drei stattgefunden. In der ersten sprach Kollege Otto Fiedler über Zweck und Ziel der Handseherpartie. Die zweite beschäftigte sich mit reinen organisatorischen Fragen, während in der dritten der Kollege Döherrig vom Ortsausfluß des DVG über das Einspruchsverfahren bei Klüdingungen nach dem Betriebsratsgesetz referierte. Manche gute Anregung mußte der mageren Kassierverhältnisse wegen unberücksichtigt bleiben, denn Frankfurt als geschäftsführende Gauvereinigung hatte alle notwendigen Ausgaben aus ihrer Kasse bestreiten müssen. Jetzt, nachdem die ersten Gaubeiträge abgerechnet sind, läßt sich die Situation besser überblicken, so daß die Zukunft uns gestatten wird, allen Anforderungen besser wie bisher zu entsprechen. Am eine Verjüngung der Kräfte zu vermeiden, soll versucht werden, in einer gemeinsamen Sitzung mit den übrigen Spartenvorständen ein einheitliches Bildungsprogramm zusammenzustellen. Zur Vertiefung des Tarifgedankens soll in kommenden Versammlungen der Manteltarif unter Berücksichtigung aller grundsätzlichen Entscheidungen eingehend behandelt werden. Das in allen Betrieben immer mehr um sich greifende Antreibersystem mit den daraus entstehenden Konflikten macht uns zur Erlangung einer einwandfreien Vereinsdruckfrage plant der Vorstand das Ausschreiben eines Wettbewerbs unter allen Mitgliedern des Gaus. Das Verhältnis zu den übrigen Sparten ist als gut zu bezeichnen. Über die Kassierverhältnisse berichtete der Kassierer Kollege Bäßler. Unter Berücksichtigung des kurzen Bestehens unserer Vereinigung und der in der ersten Zeit unumgänglichen notwendigen Anschaffungen sind dieselben als gesund zu bezeichnen. Die Gaukasse konnte am ersten Quartal mit einem Bestand von 145,37 M. und die Kasse der örtlichen Vereinigung

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Adolf Langner in Glogau
Eingetreten: 19. Juni 1880 — Flemming & Wiskott AG.



Richard Bonath in Berlin
Eingetreten: 20. Juni 1880
Jest Invalide



Ernst Peter in Leipzig
Eingetreten: 20. Juni 1880
Grünne & Teßmel

gang mit 73,17 M. abgeschlossen werden. Außerdem sind der Vereinigung auf Beschluß der Bezirksgeneralversammlung 200 M. zugewendet worden, die in dem vorstehenden Betrag nicht eingeschlossen sind. In der kurzen Debatte wurde die bisherige Arbeit des Vorstandes anerkannt und die gegebenen Anregungen gut geheißen. Zur Vorbereitung des Druckmaschinenwettbewerbs wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt. An Preisen sollen je zweimal 10, 6 und 3 M. zur Verfügung gestellt werden. Dann sprach Herr Dr. Pfla über „Gewerbeschizze unter Anlehnung an die Bundesratsverordnungen“. In seinen eindringlichen Ausführungen zeigte er die gesundheitslichen Gefahren auf, denen gerade die Handseher ausgesetzt sind. In erster Linie gelte es den Staub zu bekämpfen. Die ärztliche Erfahrung beweise, daß der Bleistaub nicht nur durch die Atmungsorgane in den Körper bringe, sondern auch auf die Nichtbeachtung der hygienischen Vorschriften zurückzuführen sei. Die Bundesratsverordnungen hält der Referent für ungenügend und veraltet. Es muß Aufgabe aller Handseher sein, auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu dringen. Alle Verstöße müssen durch die Gesamtorganisation der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gebracht werden, damit eine Abstellung der Mängel erreicht wird. Das größte Gut aller Erwerbstätigen sei die Gesundheit; diese zu erhalten sei Pflicht jedes einzelnen. In der Aussprache wurden allgemein das Verlangen der Aufsichtsbehörde kritisiert. Bekannt werdende Fälle müssen unbedingt der Organisation zur Kenntnis gebracht werden; denn einwandfreies Material ist unerlässlich, wenn die unzulänglichen gesetzlichen Bestimmungen revidiert werden sollen. Im letzten Tagesordnungsprogramm wurde unter Hinweis auf die große Arbeitslosigkeit in unserem Beruf allen Kollegen zur Pflicht gemacht, Überflüssigen abzugeben und auf die Einstellung arbeitsloser Kollegen zu drängen. Die Tatsache, daß der größte Prozentsatz aller im April Ausgelassenen sofort auf die Straße gesetzt wurde, dürfte eine ernste Warnung sein. 57 von ihnen sind allein in Frankfurt sofort auf die Straße gegangen. Trotz fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten haben die Prinzipale die Lehrlingsliste reiflos ausgenutzt. Um diese jungen Kollegen ihrem Beruf zu erhalten, soll mit der hiesigen Gewerbeschule Fühlung genommen werden, um einen Kursus in der vorhandenen Lehrwerkstatt zu veranstalten. Eine Anregung der Kassierer Kollegen, noch in diesem Sommer im Gau Frankfurt-Hessen ein Handsehertreffen durchzuführen, wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Die im Veranlassungslos ausgelegten letzten Helfenprüfungsarbeiten hatte der Bildungsverband zur Verfügung gestellt. Neben einigen sehr guten Arbeiten war auch manches Mangelhafte darunter. Bei der Besprechung der einzelnen Arbeiten fiel es jedoch allgemein auf, daß die angegebenen Satzzeiten unmöglich stimmen können. In der Praxis dürfte in den meisten Fällen fast die doppelte Zeit herauskommen.

Freiburg i. Br. Eine Anregung der Handsehervereinigung Karlsruhe aufgreifend, hatte der Vorstand der Gauvereinigung Oberhessen an den Vorsitzenden der Zentralkommission der Handseher die Einladung zu einer Verbererfahrt durch unsern Gau ergoßen lassen. Bereitwillig entsprach Kollege Fiedler (Berlin) diesem Wunsch und sprach in Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Lörrach, Donaueschingen und Konstanz über das Thema: „Der Ver-

band und das Wirken seiner Sparten“. In wirklich vorzüglicher Weise entlegte sich der Redner in den gut besuchten Versammlungen seiner Aufgabe. Von allen anwesenden Handseherkollegen wurde die Notwendigkeit des Zusammenschlusses anerkannt, und so besteht die begründete Hoffnung, daß in unserm Gau bald kein Ort mehr zu verzeichnen sein wird, in dem die Handseherpartie nicht Fuß gefaßt hat. Möge diese Hoffnung eine trügliche sein, denn die Handseherkollegen allerorts müssen erkennen, daß sie nur durch ihren Zusammenschluß eine Verbesserung ihrer mifflischen Lage erhoffen können.

E. Sagen i. W. Am Sonntagnachmittag, dem 25. Mai, tagte in dem herrlich gelegenen Städtchen Altena unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung. Aus fünfzehn Druckorten des Bezirks waren 188 Kollegen, darunter auch einige mit ihren Damen oder sonstigen Angehörigen, hier zusammengekommen. Verzierte Begrüßungsworte richtete der Vorsitzende an alle Kollegen und Gäste, besonders aber an den als Referenten erschienenen Redakteur der „Vergarber-Zeitung“, Kollegen P. Zimmer (Wochum). Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten alle Erschienenen das Andenken an drei verstorbenen Verbandskollegen, Schmidt (Lüdenscheid), Simon (Sagen) und Strieder (Schwerte) durch Erheben von den Sigen. Alle drei waren als echte treue Verbandsmitglieder bekannt. „Protokollverlesung“, „Geschäftliches“, „Kassienbericht und Entlastung des Kassierers“ waren Punkte, die schnell erledigt werden konnten. Den Hauptteil der Versammlung bildete der Vortrag des Kollegen Zimmer, der über „Grundbegriffe gewerkschaftlicher Lohnpolitik“ sprach. Sachlich klar und für jeden, auch den weniger geschulten verständlich, mußte der Redner seine Worte und Beispiele einfachschlicht zu wählen, so daß dieser Vortrag zu einem großen Erfolg wurde. Ausgehend von den Grundlagen, auf welchen überhaupt Lohnbewegungen aufgebaut werden können, ging er über auf das Wesen des Arbeitslohnes und seine Bedeutung in der heutigen Wirtschaftsordnung, ferner auf den Wert und die Bedeutung der Tarifverträge, die Bedeutung einer Lohnerhöhung in der Volkswirtschaft, auf das Problem des Schlichtungswesens, und schloß dann seine tiefgründigen Ausführungen mit dem treffenden Hinweis, daß alle gewerkschaftlichen Erfolge abhängig seien von der Einigkeit und Geschlossenheit des arbeitenden Volkes. Je stärker die Organisation — je höher der Lohn. Starke Beifall befolgte den Redner für seinen so sehr lehrreichen Vortrag. Seitens des Vorsitzenden wurde ihm im Namen aller Zuhörer herzlich Dank ausgesprochen und Wünsche wurden laut, Kollegen Zimmer häufiger in unsern Bezirksversammlungen als Referenten hören zu können. In vorzüglicher Weise trug dann der Kollegenverein „Gutenberg“ „Jersloh das Lied vor: „Ein Sohn des Volkes will ich sein“. Auch er erntete reichen Beifall. Als nächster Bezirksversammlungsort wurde Jersloh bestimmt. Den Schluß der Versammlung bildete ein dreifaches kräftiges Hoch auf den Verband.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Anlässlich des 100jährigen Bestehens der „Univ.-Druckerei H. Stürck AG., W. i. r. g.“, erhielten sämtliche vor dem 1. Januar 1930 eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen einen vollen Wochenlohn als Jubiläumsgabe; auch die später Einstellungen und Ausschlüssen wurden mit einer Gabe bedacht. Insgesamt kamen an die 500 Angestellten und Arbeiter 50 000 M. zur Auszahlung.

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichamt veröffentlichten Ergebnisse der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommener Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Mai (herausgegeben am 17. Juni 1930) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Mai 1929	Mai 1930	Mai 1929	Mai 1930
Buchdrucker	7,5	13,4	0,2	1,0
Lithographen u. Steinbrucker	8,7	15,4	2,6	6,5
Graph. Hilfsarbeiter	7,6	14,8	1,1	3,0
Buchbinden	12,0	10,5	16,3	22,8

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern betragen sich Ende Mai 1930 auf 19,8 Proz. bzw. 11,7 (gegen 9,1 bzw. 6,3 Proz. Ende Mai 1929).

Der steuerfreie Betrag bei Wohnungstrennung. Obwohl der Staat bei Wohnungstrennung der Beamten Wohnungstrennungsgeld zahlt, damit also die durch eine Wohnungstrennung bedingte Verteuerung anerkannt, werden doch Arbeiter bei Beantragung von Herauslösung des steuerfreien Lohnbetrages aus gleichem Grunde recht oft unnötige Schwierigkeiten gemacht. Ein Kollege, der sich in gleicher Lage befand, suchte eine Abmilderung des zuständigen Finanzamtes beim Landesfinanzamt Münster an und erzielte dadurch die für alle Kollegen in gleicher Lage beachtenswerte Entscheidung: Auf die Beschwerde des Herrn H. S. in G. vom 22. Januar 1930 gegen den Bescheid des Finanzamtes in G. wird der Pauschalbetrag für Wohnungslohnkosten und Sonderleistungen für 1930 um weitere 70 M. monatlich, der steuerfreie Lohnbetrag insgesamt auf 205 M. monatlich erhöht. Die nach einem Streikwert von 140 M. zu berechnenden Kosten des Berufens hat zu 1/2 der Beschwerdeführer, zu 1/2 das Reich zu tragen. Diese Entscheidung ist unanfechtbar. Gründe: Durch Verfügung des Finanzamtes G. wurde dem Beschwerdeführer der gesetzliche Pauschalbetrag für Wohnungslohnkosten und Sonderleistungen auf 75 M. monatlich erhöht. Eine weitere Erhöhung um den als Mehrkosten für doppelte Haushaltsführung geltend gemachten Betrag von 140 M. monatlich wurde abgelehnt. Gegen diese Verfügung ist am 23. Januar 1930 fristgerecht Beschwerde eingeleitet worden. Auf deren Begründung durch Schriftsatz vom 23. Januar und 24. März 1930 wird Bezug genommen. Der Beschwerdeführer ist teilweise stattgebend. Tet in G. tätige, von seiner Ehefrau getrennt lebende Beschwerdeführer beantragt die Anerkennung der ihm durch die getrennte Haushaltsführung entstehenden Mehraus-

